

TUNNEL BLICK

NEUES VOM DÜMMSTEN BAHNPROJEKT DER WELT – AUSGABE 5 • 16. FEBRUAR 2012

Der grüne Sündenfall?

Appell an den Ministerpräsidenten: »Noch ist Zeit, umzusteuern.«

Die Kritik aus den eigenen Reihen an der Haltung der Grünen in der Landesregierung zu S 21 wird lauter. In einem offenen Brief hat sich nun Pfarrer Martin Poguntke – selbst langjähriges Mitglied der Grünen – an Ministerpräsident Winfried Kretschmann gewandt. Darin fordert er seinen Parteifreund auf: »Unterbrechen Sie die S-21-Zerstörungsarbeiten – im Interesse des Landes! Werten Sie nicht den Volksentscheid höher als die Schutzrechte der Bevölkerung!«

Tunnelblick dokumentiert Poguntkes Schreiben gekürzt:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann!

Ich kann und mag nicht glauben, dass Sie das wirklich glauben, was Sie nun in Facebook zu Stuttgart 21 geschrieben haben.

Sie erwecken in Ihrem Brief den Eindruck, als ob das Ergebnis eines Volksentscheids über dem Gesetz stehen könnte und Sie in höherem Maße binde als all das, was nicht nur Sie, sondern jeden Ministerpräsidenten und jede Landesregierung in erster Linie bindet: Sie müssen auf die Wahrung des Rechts achten und darauf, dass kein Projekt-»Partner« des Landes die Bevölkerung übervorteilen kann.

■ Sie wissen: Es gibt zahlreiche – bislang von niemandem widerlegte – Belege dafür, dass der »Stresstest« nur durch Betrug von der Bahn »bestanden« wurde.

■ Sie wissen, dass damit die **Rechtsgrundlage** für die gesamten S-21-Verträge und all die Ausnahmegenehmigungen **entfällt**.

■ Sie wissen, dass die Bahn **keine grundsätzliche Genehmigung** hat, den denkmalgeschützten Bahnhof abzureißen, sondern eine Genehmigung, die unter der **Voraussetzung** erteilt wurde, dass ein

höherer Wert – nämlich der verkehrliche und Infrastruktur-Nutzen des Projekts – überwiegt. Genau dies ist aber nicht mehr gegeben, wenn die Verkehrsleistung von S 21 nicht 30% mehr, sondern über 30% weniger beträgt. Für einen **Rückbau** der Schieneninfrastruktur hat die Bahn keine Genehmigung erhalten, die Bahnflügel abzureißen. Das gleiche gilt für die Fällung der Bäume im Schlossgarten.



»Graf Eberhard, der sein Haupt jedem Untertan in Schoß legen konnte.« Auch diese unter Denkmalschutz stehende Skulptur muss S 21 weichen. (Foto: Felix Sauter, Gegenlicht 21)

■ Sie wissen, dass die Bahn bislang keinerlei Anstalten gemacht hat, die in der sogenannten »Schlichtung« mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung vereinbarten **Bedingungen** zu erfüllen (keine Fällung von gesunden Bäumen, Anbindung der Gäubahn, Notfallkonzept für die Tunnel, Barrierefreiheit...)

■ Sie wissen, dass die Bahn nun zum dritten Mal ihre Annahmen zur Grundwassersituation und ihre entsprechenden Planungen zum **Grundwassermanagement** ganz grundsätzlich verändert hat und dass es deshalb möglich ist, dass sie auf Dauer gar keine genehmigungsfähige Planung zustande bekommt.

■ Sie wissen, dass noch erhebliche Teile der S-21-Planung so weit von einer Genehmigung entfernt sind, dass **fraglich**

ist, ob sie jemals umgesetzt werden können.

■ Sie wissen, dass Sie selbst die **Kofinanzierung** des Projekts durch Land, Stadt und Bahn als verfassungswidrig bezeichnet haben.

■ Sie wissen, dass die **Kosten** für S 21 auf jeden Fall **4,5 Mrd. überschreiten** werden und dass dafür von keiner Seite aus eine Zusage der Kostenübernahme besteht und

dass deshalb die **Landesregierung** mit jeder zusätzlichen Zerstörungs- und Baumaßnahme **immer größerem Druck ausgesetzt** wird, sich einer Beteiligung – trotz aller gegenteiligen Bekenntnisse – nicht entziehen zu können.

■ Sie wissen, dass **43%** derer, die beim Volksentscheid gegen einen Ausstieg aus S 21 votiert haben, dies aus »**Angst vor Ausstiegskosten**« getan haben (laut einer Erhebung des SWR) – nicht, weil sie den Bahnhof wollen.

■ Sie wissen, dass die im »Informations«-Prospekt der Landesregierung zum Volksentscheid behaupteten **1,5 Mrd.**

Ausstiegskosten zulasten des Steuerzahlers nicht eine mögliche Meinung, sondern **nachweislich falsch** sind (schon allein, weil die Hälfte davon wieder an den Steuerzahler zurück fließen würde, nämlich an die Stadt Stuttgart).

■ Sie wissen, dass deshalb der **Volksentscheid** kein »Leuchtturm der Demokratie« war, sondern ein mit vielen Millionen aus Wirtschaft und Verbänden **erkaufter Betrug** derer, die sich so hohe Kosten für Werbung und Irreführung eben leisten können.

■ Sie wissen, dass das **Ergebnis** des Volksentscheids rechtlich noch gar **nicht bindend** ist, weil noch **16 Beschwerdeverfahren** dagegen anhängig sind.

■ Sie wissen, dass beim Volksentscheid auch auf der Nein-Seite **kein Quorum** von

33 Prozent zustande gekommen ist – das Voraussetzung dafür wäre, es mit staatsmännischer Geste als »Gesetzgebungsverfahren« zu bezeichnen, gegen das sich ein Ministerpräsident nicht stellen darf.

■ Sie wissen, dass – auch unabhängig vom Quorum und von den Klagen dagegen – der Volksentscheid **rechtlich gänzlich irrelevant** ist, weil er ganz einfach nur **gescheitert** ist und damit nichts anderes passiert ist, als dass die ursprüngliche Rechtslage wieder hergestellt ist, nämlich: **Das Land ist NICHT VERPFLICHTET, die S-21-Verträge zu kündigen. Nicht mehr und nicht weniger.**

Angesichts all dieser Punkte erwarte ich von Ihnen als Ministerpräsident: Setzen Sie nicht all Ihre Argumentationskunst ein, um zu begründen, warum Sie sich »als Demokrat« an den verlogenen, gekauften und juristisch irrelevanten Volksentscheid halten müssten! Sondern legen Sie Ihr ganzes politisches Geschick darein, in all den genannten Punkten nachzuhaken, Gerichtsverfahren anzustrengen oder zu unterstützen, weitere Schritte, Genehmigungen, Zahlungen des Landes an die Aufklärung von Sachverhalten zu knüpfen usw.!

Dass die von Ihnen behauptete kritisch(!)-konstruktive Begleitung so gar nicht erkennbar ist – das lässt viele Ihrer Wähler fragen: Kommt Ihnen womöglich das Ergebnis des Volksentscheids gerade recht – als Rettung des Koalitionsfriedens?

Niemand erwartet von Ihnen, dass Sie sich morgen früh hinstellen und sagen: Wir beenden S21. Aber von Ihnen – wie von jedem Ministerpräsidenten, unabhängig davon, ob er für oder gegen S 21 ist – ist zu erwarten, dass er alles Erdenkliche unternimmt, um Schaden vom Volk abzuhalten, und dass er deshalb dem Druck der Bahn (wie gegenüber jedem anderen Geschäftspartner« des Landes) im Interesse des Landes entsprechenden Gegendruck entgegen setzt, Bedingungen formuliert, Gelder und Zugeständnisse zurückhält, mit Gerichtsverfahren droht – eben Politik macht und nicht nur Worte. (...)

Für die Bäume im Schlossgarten ist es eine Minute vor zwölf. Noch ist Zeit, um-zusteuern. (...)

Es grüßt Sie
Martin Poguntke
Stuttgart, 09.02.2012



April, April, war doch gar nicht ernst gemeint. Bahnvorstand Kefer (links), Schlichter Heiner Geißler, Brigitte Dahlbender (BUND) bei der Pressekonferenz am 30.11.2010.

Das Schlichtungs-Theater

Wir erinnern uns: Zum Abschluss des Faktenchecks zu Stuttgart 21 hatte Vermittler Heiner Geißler am 30.11.2010 in seinem Schlichterspruch verkündet:

»Ich kann den Bau des Tiefbahnhofs nur befürworten, wenn entscheidende Verbesserungen an dem ursprünglichen Projekt vorgenommen werden, also aus Stuttgart 21 ein Stuttgart 21 PLUS wird. (...) Für die Fortführung des Baues von S 21 halte ich (...) folgende Verbesserungen für unabdingbar: (...)

Die Bäume im Schlossgarten bleiben erhalten. Es dürfen nur diejenigen Bäume gefällt werden, die ohnehin wegen Krankheiten, Altersschwäche in der nächsten Zeit absterben würden. Wenn Bäume durch den Neubau existentiell gefährdet sind, werden sie in eine geeignete Zone verpflanzt. Die Stadt sollte für diese Entscheidungen ein Mediationsverfahren mit Bürgerbeteiligung vorsehen. (...)

Diese von mir vorgetragene Vorschläge (...) werden **von beiden Seiten für notwendig** gehalten.«

Heute stellt sich die Frage: Sind diese Vereinbarungen das Papier wert, auf dem sie geschrieben wurden? War die Schlichtung nur ein Trick, um den Protest zum Verstummen zu bringen und die Bürger zu täuschen?

Mit Billigung der Landesregierung unter Schlichtungsteilnehmer Winfried Kretschmann hat die Bahn damit begonnen, im Mittleren Schlossgarten 182 Bäume zu

fällen. Auch andere zentrale Forderungen Geißlers, wie barrierefreie Zugänge, die Einhaltung von Brandschutzaufgaben und die Anbindung der Gäubahn, hat die Bahn ignoriert. Der Stresstest, mit dem die geforderte Leistungssteigerung des geplanten Tiefbahnhofs gegenüber dem Kopfbahnhof nachgewiesen werden sollte, war offenkundig manipuliert.

Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 hat deshalb einen Eilantrag gegen den Polizeieinsatz und die Baumfällungen gestellt. Er wird derzeit am Verwaltungsgerichtshof Mannheim in zweiter Instanz verhandelt.

Überraschend hat sich Heiner Geißler in den aktuellen Streit eingeschaltet und den Eilantrag unterstützt. Gegenüber der »Frankfurter Rundschau« forderte der Schlichter, dass keine gesunden Bäume gefällt werden dürften, und rief die Bahn dazu auf, sich an den Schlichterspruch zu halten.

Geißler betonte, auch vor der Volksabstimmung im vergangenen November sei die Einhaltung des Schlichterspruchs versprochen worden. »Wenn die Grünen und Herr Kretschmann hinter die Ergebnisse der Schlichtung zurückgehen, dann machen sie etwas Ähnliches wie Steuerlügen oder andere gebrochene Wahlversprechen. Das werden sie bei den nächsten Wahlen deutlich zu spüren bekommen.«



Der Schlichterspruch im Video:
http://youtu.be/TPR_ZkOuWbc